

Niederschrift

über die 1. öffentliche Sitzung
des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses

am Dienstag, dem **28.11.2006**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 23 vom 14.09.2006**
- 4. Diskussion zur Änderung bzw. Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes des Gemeinde Sande
Vorlage: 167/2006**
- 5. Nachmeldung von Gebieten nach der EU-Vogelschutzrichtlinie
Vorlage: 166/2006**
- 6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Vorlage: 167/2006

Die Verwaltung stellte anhand einer Präsentation (siehe **Anlage**) die Argumente für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes vor.

Übereinstimmend sprach sich der Ausschuss für eine Neuaufstellung und damit für die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel aus. Zudem tauschten die Ausschussmitglieder ihre Meinungen zu den verschiedenen Alternativen der geplanten Bahnumgehung aus.

Beschlussvorschlag:

Im Rahmen der Haushaltsberatungen ist darüber zu entscheiden, in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 jeweils 35.000 € Planungskosten für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes zu veranschlagen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bereits zum jetzigen Zeitpunkt entsprechende Angebote einzuholen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Nachmeldung von Gebieten nach der EU-Vogelschutzrichtlinie**

Vorlage: 166/2006

Die Verwaltung stellte anhand einer Präsentation (siehe **Anlage**) den Sachverhalt vor.

Ein Ausschussmitglied erkundigte sich, ob die Landwirte Nachteile durch den Naturvertragsschutz zu erwarten haben, wozu die Verwaltung ausführte, dass mit Auswirkungen zu rechnen ist, aber der Vertragsnaturschutz eine Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde und den Landwirten beinhaltet. Diese Verträge werden in jedem Fall mit den zuständigen übergeordneten Stellen abgestimmt.

Ansonsten sprach sich der Ausschuss mehrheitlich dafür aus, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

Beschlussvorschlag:

Zur Nachmeldung von Gebieten nach der EU-Vogelschutzrichtlinie gibt die Gemeinde Sande Stellungnahme wie folgt ab:

- Die Landesregierung wird darum gebeten, von einer Meldung als Gebiet nach der EU-Vogelschutzrichtlinie abzusehen.
- Sollte eine Meldung nicht zu verhindern sein, soll angeregt werden, die Hof- und Hausstellen und die 2. Deichlinie aus dem Gebiet herauszunehmen.
- Ebenfalls sind alle Gebiete aus der Gebietskulisse zu streichen, die nach dem Kenntnisstand des Landkreises Friesland als Untere Na-

turschutzbehörde keine oder nur untergeordnete Bedeutung für Arten gemäß der Vogelschutzrichtlinie haben.

- Die weitergehende Sicherung mit Eingriffen in die Art und Weise der Bewirtschaftung ist über das Instrument des Vertragsnaturschutzes sicher zu stellen.
- Es wird vom Umweltministerium eine Garantie erwartet, dass Vertragsnaturschutz als Sicherungsmaßnahme auch ausreichend ist. Die Landesregierung wird gebeten, die notwendigen Mittel für einen Vertragsnaturschutz langfristig für die Region bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen 1 Enthaltung

6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- a) Bürgermeister Wesselmann informierte zum Thema Bahnumgehung darüber, dass zwischenzeitlich zwei Gespräche unter Teilnahme des Wirtschaftsministeriums, der Deutschen Bahn AG, der Jade-Weser-Port-Realisierungsgesellschaft und des Landkreis Friesland zur Abstimmung stattgefunden haben. Beim letzten Gespräch haben auch Vertreter der Straßenbaubehörde teilgenommen.

Es wurde ein Arbeitskreis unter Federführung des Landkreises Friesland gebildet. In diesem sollen mögliche Alternativen erörtert und anschließend von der Straßenbaubehörde detailliert erarbeitet werden. Danach sind Vor- und Nachteile der einzelnen Alternativen zu beraten.

Unterstützt wird dieser Arbeitskreis durch Planungsbüros, die bei der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft unter Vertrag stehen und deren Arbeitsleistung von dort aus zur Verfügung gestellt wird.

Als Nachteil für die Nordumgehung wurde die Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeit der Gemeinde aufgeführt, zu der der Landkreis mögliche Lösungsvorschläge unterbreiten soll. Die Westtrasse führt nachteilig dazu, dass der Anschluss an den ÖPNV Richtung Esens wegfällt.

Die derzeitigen Untersuchungen sollen im Frühjahr 2007 abgeschlossen sein, so dass mit einer Entscheidung Ende des 1. Quartals zu rechnen ist. Es wird demnächst eine Information an Vereine, Polizei und anderen Einrichtungen ausgegeben, die ebenfalls Stellungnahmen abgeben sollen.

Zu dem Verzicht auf den Bahnhof Sanderbusch, verwies ein Ausschussmitglied auf einen Beschluss des Bauausschusses aus dem Jahre 2001, wo ein entsprechender Verzicht bereits beraten wurde.